

Nr. 11 - Februar 1980

Verantwortlich:

Benno Haunhorst - Detlef Hengelbrock - Joachim Korte - Rainer Korte -  
Hermann Raufhake - Reinhold Thiede

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, G.M.Hütte, Tel. 05409/1487

Auflage: 150

Preis: 0,50 DM

Inhalt:	Seite:	Liebe Leser!
Schmierenskomödie im Stadtrat!	2	Weil uns die Be-
Generalverkehrsplan - das geplante Chaos!	3	richterstattung
G.M.Hütte unter Beschuß	4	zu Afghanistan in
Bebauung ohne Rücksicht	4	den meisten Medi-
Vaterlandslose Gesellen	5	en sehr einseitig
Jusos gegen Propaganda	5	erscheint, versu-
Rudolf Rolfes antwortet	6	chen wir in dieser
Jugendzentrumswahlen	6	Nr. der ZDJ unsere
"HHT" und die "Puhdys"	7	Meinung zu den
"Städtefreundschaft" gegen Rechts	7	Spielchen der
SPD - Stadtbezirk Oesede	8	Großmächte darzu-
Warum ich in der SPD bleibe...	8	legen. Darum ist
"Die innerparteiliche Diskussion fördern"	9	neben der Kommu-
Afghanistan...	10	nalpolitik Afgha-
Menschenrechte sind unteilbar	11	nistan ein Schwer-
"Scheinheilig"	12	punkt dieser Aus-
Weg mit der Aussperrung	13	gabe.
CDU - Funk aller Orten	14	Übrigens der 11.
		(Für uns ein
		Grund zum Jubeln).





# Schmierenskomödie im Stadtrat!

## Die CDU schießt sich ein...

Nachdem im Januar die politische Zensur auch in Georgsmarienhütte Einzug gehalten hat und die "Mitteilungen aus Georgsmarienhütte" keine Anzeigen der SPD mehr annehmen, folgte nun im Februar der zweite massive Angriff von rechts:

Vorgeschobener Anlaß war dabei eine Formulierung des Genossen Dieter Selige im Arbeitspapier zur Jahreshauptversammlung der SPD Oesede. Dort hatte er u.a. geschrieben: "Im Namen der SPD-Mitglieder des Personalausschusses kann ich erklären, daß wir auch in Zukunft bemüht sein werden, soweit der politische Gegner es zuläßt, bei den Beförderungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern einen möglichst gerechten Maßstab walten zu lassen. Vor allem werden wir diejenigen Mitarbeiter nicht im Stich lassen, die uns politisch nahestehen."

Fürwahr richtige, aber zugleich milde und zurückhaltende Worte. Frei nach dem Motto "haltet den Dieb" verwendet die CDU nun diese Formulierung, um im Personalausschuß des Stadtrates die Mitarbeit einzustellen und zwar solange, bis Dieter Selige diese Äußerung zurückgenommen hat.

In scheinheiligster Weise wurde dem Vorsitzenden vorgeworfen, daß er parteipolitische Aspekte zur Grundlage von personellen Entscheidungen mache und er der CDU vorwerfe, daß sie nicht gerecht vorgehe. Einmal abgesehen davon, daß diese Interpretation mehr Dichtung denn Wahrheit ist, dient die ganze Sache in Wahrheit mehreren politischen Zwecken:

- Der neugewählte Vorsitzende einer Parteiorganisation soll, weil er als Gefahr gesehen wird, madig gemacht und Zwiebracht in die Partei gebracht werden.

- die CDU will testen, wie geschlossen die SPD hinter einem ihrer Funktionäre steht.
  - die CDU sieht durch die Arbeit der SPD in der letzten Zeit den nächsten Wahlerfolg gefährdet. Dagegen ist jedes Mittel recht.
  - die CDU hat in G.M.Hütte keine politischen Mittel gegen die SPD und weicht deshalb auf andere Methoden aus.
  - die CDU will den Personalausschuß, der ihr unangenehm ist, eliminieren. Kommunalrechtlich gesehen ist die Vorgehensweise der CDU in keinster Weise haltbar und rechtmäßig, das ist auch in diesem Zusammenhang nicht so wichtig. Die Partei wird darauf hoffentlich die richtige, offensive Antwort finden.
- Hochgradig bedenklich und enttäuschend ist die Tatsache, daß solche Papiere von irgendjemanden der CDU in die Hände gespielt werden. Pfui Deibel!
- Entscheidend ist, daß Partei, Fraktion und die Genossen und Genossinnen jetzt offensiv und hart reagieren. Dann bekommt die CDU für ihre Unverschämtheit die Quittung und erreicht genau das Gegenteil vom Beabsichtigten.



## "Freie Presse"

Es gibt eine Alternative zur NOZ!  
Genauer: es gibt zeitweilig eine Alternative. Einmal im Monat erscheint unter dem traditionsreichen Namen "Neue Freie Presse" eine Zeitung mit mindestens einer Seite über G.M.Hütte.  
Abos: Neue Freie Presse, Sutthausen Straße 110, 4500 Osnabrück (oder über die Jusos G.M.Hütte).



# Generalverkehrsplan - das geplante Chaos!

Am 18.12.1979 ist dem Stadtrat der "Generalverkehrsplan GMHütte" überreicht worden - mit mehr als einem Jahr Verspätung. Daß dieser Generalverkehrsplan einer Horrorvision gleicht, hat sich sicher schon herumgesprochen, wir wollen hier etwas darauf eingehen.

Zunächst fällt auf, daß der Verfasser des Plans, Dr. Ing. H. Schubert, sich selbst ständig in Widersprüche verwickelt. Da stellt er auf der einen Seite "politische Zielvorgaben" und Planungsgrundsätze auf, die jedem sofort einleuchten: "Verbesserung der Lebensqualität, Erhaltung der Landschaft, Ausbau des städt. Grüns, Grün- und Erholungsflächen einschl. Wiesen und Parks sollen erhalten bleiben, der öffentliche Verkehr hat Vorrang gegenüber dem individuellen Verkehr." Gleichzeitig geht er aber in seinen Berechnungen und Aussagen davon aus, daß die Motorisierung der Bevölkerung bis zum Jahre 2000 um 25% (!) ansteigt, empfiehlt Straßen mitten durch Wohngebiete oder Wald und kommt so schließlich zu wahren Horrorzahlen über das Verkehrsaufkommen in 20 Jahren. Hier einige Kostproben:

- Dr. Schubert geht davon aus, daß im Jahr 2000 37.112 Einwohner in GMHütte leben und daß die Zahl der Arbeitsplätze um 30,5% auf 13760 ansteigt!
- Die Dorfstr. in Harderberg soll im Jahr 2000 von 16.897 Kfz täglich befahren werden!
- Für die verlegte B 51 durch den Musenberg (die für ihn selbstverständlich Realität wird) prophezeit er 11.949 Kfz's täglich. Gleichzeitig läßt sich aber aus seinen Zahlen errechnen, daß, sollten Dr. Schuberts Aussagen über die Zunahme des Verkehrs stimmen, die "alte", jetzige Trasse in Oesede-Süd noch immer von ca. 9.395 Autos täglich befahren wird!

So weit, so schlecht.

Interessant wäre es nun aber zu erfahren, wie Herr Schubert zu diesen horrenden Zahlen gekommen ist. Davon ist aber leider im gesamten Generalverkehrsplan nichts zu lesen. Der theoretisch-rechnerische Ansatz für die Analyse und die Prognosen sind nirgendwo genannt. Darum kann

auch niemand - außer Dr. Schubert selbst - die errechneten Zahlen überprüfen.

Es ist natürlich auch möglich, daß es gar keinen theoretisch-rechnerischen Ansatz für diesen Generalverkehrsplan gibt, vielleicht hat Herr Schubert seine Zahlen ja auch aus dem hohlen Hut gezaubert, so sehen sie jedenfalls auch aus.

Vielleicht wäre der Plan besser geworden, wenn Dr. Schubert sich etwas mehr an seine Zusage gehalten hätte, eng mit dem Rat und den zuständigen Ausschüssen zusammenzuarbeiten. Außer einer mündlichen Information über die vorläufige Fertigstellung und der Überreichung des fertigen Plans hat es aber leider keinerlei Kontakte gegeben.

Vielleicht wäre der Plan auch besser geworden, wenn Dr. Schubert etwas intensiver die Tageszeitungen gelesen hätte. Dann hätte er sicherlich auch von den Benzinpreiserhöhungen, dem Abflauen des "Autobooms" und der "Fahrradwelle" gelesen. Vielleicht hätte er dann auch die Steigerung der Motorisierung bis zum Jahr 2000 nicht auf 25% geschätzt!

Wie dem auch sei, insgesamt entspricht der Generalverkehrsplan so exakt der Verkehrsplanung der Stadtverwaltung, daß er davon abgeschrieben sein könnte. Umweltschutz, Wohnqualität und wachsende Energiekosten sind in ihm nicht berücksichtigt, der Generalverkehrsplan ist daher für eine vernünftige Verkehrsplanung völlig ungeeignet!

Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß die SPD-Fraktion dieses unbrauchbare Werk zurückweist.

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr erscheinende ZDJ für DM \_\_\_<sup>+</sup>)  
(plus eine Sondernummer)  
ab Nr. 12

Name: .....

Straße: .....

Ort: .....

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

<sup>+</sup>) Mindestbeitrag pro Jahr DM 5,--

ausschneiden und einsenden an:

Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7,  
4504 Georgsmarienhütte



## G.M. Hütte unter Beschuß

Zum Ende des Jahres erschien der zweite Teil des "Landschaftsrahmenplanes Teutoburger Wald - Wiehengebirge" - herausgegeben von den Bezirksregierungen Weser-Ems und Detmold.

Gar nicht gut weg kommt in diesem Plan die Stadt Georgsmarienhütte:

"In Bezug auf Konflikte sind für die Maßstäblichkeit besonders die Siedlungsbereiche in den Taleinschnitten zwischen Baumannsknollen und Holzhauser Berg relevant. Diese entlang von Straßen ausgefertigten Siedlungen nehmen schon einen sehr großen Raum in Anspruch und haben den Waldbestand auch auf den Kuppen teilweise schon zurückgedrängt. Der Bruch der Maßstäbe besteht hier in verschiedenster Hinsicht:

1. Antasten der bislang von negativen Baumaßnahmen weitgehend freigehaltenen Substanz des klein- bis mittelmaßstäblichen Teutoburger Waldes; Verletzen der landschaftlichen Harmonie.
2. Zu starkes Auffüllen äußerst empfindlicher Bereiche mit der Menge der Wohnbebauung, d.h. fehlende Unterordnung der Bebauung unter dominierende Höhenzüge des Teutoburger Waldes.
3. Fehlende Grüngliederung als Fortsetzung, Skelett, Rahmen der angrenzenden Landschaftsbereiche; Zerstörung der Kontinuität des fortlaufenden Höhenzuges.
4. Zu starke Ausnutzung sehr steiler Hänge mit Bauten, die dem Betrachter einen totalen Überblick und somit einen massierten Eindruck der Bebauung verschaffen; steile Hänge offenbaren die Nichtbeachtung der Maßstäblichkeit mehr als flachere unübersichtliche Bereiche.
5. Bebauung der Kuppen und Bergrücken, die sehr weit einzusehen sind und somit einen Landschaftsraum beherrschen, der ihnen inhaltlich nicht untergeordnet ist.

### Planerische Konsequenzen

1. Keine weitere Inanspruchnahme des Teutoburger Wald - Massivs für bauliche Maßnahmen.
2. Kein oder geringfügiges Auffüllen der Baulücken mit weiterer Bebauung, stattdessen reichliche Gliederung durch öffentliche Grünflächen und Wald.
3. Bei Bebauung steiler Hänge Auflagen für ausgleichende bodenmodellierende Maßnahmen und stärkere Eingrünung der sichtbaren Bauteile.
4. Keine weitere Bebauung der Kuppen und Bergrücken; Anlage geschlossener Pflanzungen als Hintergrund für vorhandene Kuppenbebauung."

## Bebauung ohne Rücksicht

Das Menkhausfeld wird durch die geplante Bebauung in seiner landschaftlichen Struktur zerstört werden. Noch stehen dort keine Häuser, aber die Bebauungsmaschinerie in der Stadtverwaltung und im Stadtrat kommt schon wieder in Gang. Das nach Westen angrenzende Gebiet - genannt Teckelhagen - bis etwa zum Hofe Quirll, soll als neues Bebauungsgebiet ausgewiesen werden. Da eine vertragliche Bindung mit dem Stephanswerk (dem Erschließungsträger des Menkhausfeldes) besteht, daß nach Vergabe des Menkhausfeldes weiteres Baugelände auszuweisen ist, wird wohl der Rat in seiner großen Mehrheit auch diesem Baugebiet zustimmen.

Wer sich die Gegend dort oben ansehen will, sollte das bald tun, ehe es zu spät ist! Er wird dort eine zwar zersiedelte, aber nicht "industriell" zerstörte Landschaft finden, die bald der Vergangenheit angehören wird.

Der Grundstückspreis im Menkhausfeld beträgt im Schnitt 100,- DM/m<sup>2</sup>. Wieviel wird es dann erst in Teckelhagen sein? Welchen Sinn hat eigentlich Bebauung bei solchen Preisen - abgesehen von der Zerstörung der Landschaft?

Arbeitnehmer, die am dringenden Wohnungen brauchen, können sich das bestimmt nicht leisten.

MEINE HERREN! ICH ERHEBE MEIN GLAS AUF DEN ZUKUNFTIGEN BUNDESKANZLER STRAUSS!

UND ICH ERHEBE ES AUF SEINE IDEE EINER NEUEN, EINER CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFT!



MIT FRANZ JOSEF STRAUSS RUFE ICH DEN ARBEITNEHMERN ZU: WEG VON DER KOMMUNISTISCH INFILTRIERTEN EINHEITSGEWERKSCHAFT -

ZURÜCK ZU DEN WAHREN CHRISTLICHEN WERTEN!



NUR EIN CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTER IST EIN OUTER ARBEITNEHMER!...

WEIL, WENN MAN DEM IN DIE LINKE BACKE TRITT, HÄLT ER EINEM AUCH NOCH SEINE RECHTE HIN !!





# Vaterlandslose Gesellen

Was geht Sozialisten ein so reaktionär geprägtes Wort wie Heimat an, wird sich der Leser dieses Artikels zumindest bei der Überschrift fragen.

Sicherlich wollen wir nicht von Heimat in einem reaktionären Sinne reden, der Heimat als das eigene Dorf, die eigene Stadt, die eigene Nation bezeichnet und diese in einem absoluten Sinne für heilig hält - vor allem in Abgrenzung zu anderen, die als minderwertig eingestuft werden.

Für uns ist Heimat die Einheit von Landschaft, Natur, Geschichte und Kultur der Gegend, des Ortes in dem wir leben und in dem wir aufgewachsen sind. Dies wollen wir bewahren und weiterentwickeln.

Diese Einheit ist rational und emotional zugleich. Rational in dem Sinne, daß wir uns in einer historischen Kontinuität sehen, emotional in dem Sinne, daß wir uns damit identifizieren und ihre Zerstörung bei uns Betroffenheit auslöst.

Insofern ist Heimat auch das, was wir von unseren "Vorfahren" verantwortlich übernehmen, verwalten und gestalten und im Sinne der oben genannten Kontinuität an unsere "Kinder" weitergeben. Weitergeben können wir nur etwas, was wir nicht zerstören und unbewohnbar machen, was wir nicht dem Profit und den Interessen einiger weniger opfern, sondern was für alle da ist und keinen massiven Eingrif-

fen ausgesetzt ist.

Genau das Gegenteil geschieht und geschah seit Jahren in GMHütte.

In der hiesigen Kommunalpolitik herrschen Zynismus, Zufälligkeit, Interessen und geschichtsloses Handeln.

Landschaft und Stadt stellen für die Politiker nur verfügbares Objekt dar, ein allzeit bereiter Gebrauchsgegenstand mit einem z.T. hohen Tauschwert.

Konkret drückt sich das im häufig kritisierten Straßenbau aus, der nichts anderes darstellt als die Realisierung eines Denkens, das ausschließlich auf Zeit, Schnelligkeit, Bequemlichkeit und Individualität bezogen ist.

Es zeigt sich in der hemmungslosen Zerstörung von Landschaft, von natürlichen Linien, von Höhenzügen und die Ersetzung dieser durch Wohnbauten.

Die entscheidenden Ratsherren haben nur ein rein technisches Kalkül, eine Kosten-Nutzen-Brille, orientieren sich allein am Wachstum. Sie fragen: "Bringt es Bauplätze, mehr Steuern, Arbeitsplätze, mehr Wähler" usw. - und wissen dabei noch nicht einmal, ob der von ihnen angenommene Nutzen überhaupt eintreffen wird oder ob nicht die Folgekosten größer sein werden als der Nutzen.

In GMHütte walzt der Mensch alles nieder. Leider kein Trost, daß es fast überall in der Bundesrepublik so ist.

## Jusos gegen Propaganda

Vom 6. - 14.9. 1980 wird in G.M.Hütte die Teutoburger-Wald-Schau veranstaltet. Wir Jusos wollen dabei nicht abseits stehen.

Zu diesem Anlaß veranstalten wir am Samstag, 13.9.1980 einen kommunalpolitischen Nachmittag mit einer Stadtrundfahrt, bei der wieder einmal die Schattenseiten, das Negative gezeigt werden soll, um in konstruktiver Weise Kritik an der hiesigen Kommunalpolitik zu üben.

Bei der Vorbereitung für die Fahrt wird anhand von Dias gezeigt, wie G.M.Hütte einmal war - per Augenschein

soll dann vorgeführt werden, wie es jetzt ist.

Der anschließende Stadtfilm soll zeigen wie es in der Propaganda aussieht.

Das Programm für Samstag, 13. 9.1980:

14.30 Vorbereitung der Stadtrundfahrt

16.00 Stadtrundfahrt

18.00 Abendessen

18.30 Stadtfilm

19.30 Diskussion, Zusammenfassung

21.00 Gemütlicher Teil

Gesamtkosten: 8,- DM (außer Getränke)

Anmeldung: Gerd Brouwer, Böttcherstr. 20

Telefon: 40026



# Rudolf Rolfes antwortet:

Der folgende Brief unseres Stadtdirektors ist im Original 3 Din-A-4 Seiten lang. Aus Platzgründen mußten wir ihn daher kürzen, der Inhalt ist dadurch nicht verändert worden.

Zu den in Ihrem Artikel "Georgsmarienhütte hat einen Stadtjugendpfleger ..." in der ZdJ Nr. 9 gemachten Ausführungen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Ihre Feststellung, der Jugendpfleger wäre damals für das Jugendzentrum allein eingestellt worden, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr ist richtig, daß sich der Jugendpfleger im Frühjahr 1975 aufgrund eines Presseberichtes der NOZ über die Jugendarbeit in Georgsmarienhütte, wo die evtl. Einstellung eines Jugendpflegers in Aussicht gestellt wurde, beworben hat.

Anläßlich eines Einstellungsgespräches im Beisein von Vertretern beider Fraktionen des Rates wurde darüber Einigkeit erzielt, daß die spätere Tätigkeit des Jugendpflegers mit ca. 30 - 40 % für eine Arbeit im Jugendzentrum ausgerichtet sein sollte. Es wurde seinerzeit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Schwerpunkt seiner Arbeit in der allgemeinen Jugendpflege in der Stadt liegen sollte. Wenn Sie in diesem Zusammenhang den Artikel der NOZ vom 1.11.75 etwas genauer gelesen hätten, wäre Ihnen aufgefallen, daß sich die damaligen Interviewaussagen des städt. Jugendpflegers sowie meine vorstehenden Anmerkungen und der gegenwärtige Tätigkeitsbereich des Jugendpflegers voll decken.

Zitat aus der NOZ vom 1.11.75: "... seine Strategie ist klar, Kooperation der bestehenden Jugendgruppen in Vereinen und Verbänden, auch mit der Initiativgruppe

für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung." Ich verweise dann noch auf die Absätze 2 und 3 des entsprechenden Artikels der NOZ.

Auf Ihre Frage, wo die Initiativen für einen bestimmten Problemkreis der Jugendarbeit zu sehen sind, möchte ich Sie an die verschiedensten Aktionen, die der Jugendpfleger mit örtlichen freien Trägern und Organisationen - u.a. auch im Jugendzentrum - durchgeführt hat, erinnern. Stellvertretend sei hier nur eine genannt: "Jugend und Alkohol - Suchtgefahren", die bis heute bei den kleineren Gruppen, in den Schulen und bei Einzelpersonen (ehemaligen Jugendzentrumsbesuchern) nachhaltige Auswirkungen hat. Es ist auch zu belegen, daß durch die Jugendzentrumsarbeit viele Mädchen und Jungen das Angebot der Beratung und Hilfestellung durch den Jugendpfleger angenommen haben. Der Jugendpfleger betreut heute - nach der Schließung des Jugendzentrums - einen größeren Kreis Jugendlicher, z.B. bei Gerichtsterminen und Bewährungshilfe, gibt Hilfestellung bei der Arbeitsplatzvermittlung, Wohnungssuche etc. und versucht auch gefährdeten Jugendlichen ein Ratgeber zu sein. Verständlich wird Ihnen sein, daß mit Rücksicht auf die Ratsuchenden und zukünftigen Sprechstunden des Jugendpflegers keine detaillierten Aussagen gemacht werden können.

Mit sehr großem Befremden habe ich Ihre abwertende Fragestellung zum Tätigkeitsbereich eines Jugendpflegers zur Kenntnis genommen. Die Tätigkeit eines Jugendpflegers ist auf der gesetzlichen Grundlage des § 5 JWG vorgegeben. ...



Rudolf Rolfes

## Jugendzentrumswahlen

Nachdem eine bereits am 11.12.1979 durch die städtische Jugendpflege angesetzte Vollversammlung zur Wahl eines Hausrates mangels Masse ausfallen mußte, hatte man am 15.1.1980 mehr "Glück". 53 stimmberechtigte Jugendliche verloren sich in der Aula der Realschule. Das neue Konzept für das neue Jugendheim kommt bei den Jugendlichen wohl nicht an. Das Interesse an einem selbstverwalteten Jugendzentrum beweisen über 500 Unterschriften, die die "Initiativgruppe für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum" gesammelt hat.

Trotzdem, oder gerade deshalb wurde die Wahl zu einer vernichtenden Niederlage für die Saubermänner unserer Stadt. Für Hans Hermann Trebbe war es eine persönliche Niederlage. Kein Jugendlicher aus seiner geliebten, weil unproblematischen, Verbandsarbeit wollte kandidieren. Gewählt wurden schließlich die ehemaligen Hausratsmitglieder des alten "SJZ's" Hartmut Riemann, Thomas Heuer und Peter Heuer.

Zitiert aus "Neue Freie Presse"



# "HHT,, und die "Puhdys,,

Wenn man es genau nimmt, sind die "Puhdys" garnicht so gut. Nur weil sie eine sagenumwobene, devisenbringende Band aus der "DDR" sind, erregen sie Aufsehen. Aber sogar eine Juso-Minderheit (Kulturbausen aus Kloster Oesede und Hankenberge) wurde geblendet.

Die Juso-Mehrheitsmeinung ist dagegen klar, die "Puhdys" sind uns scheißegal. Außerdem muß alles was aus dem Ostblock kommt boykottiert werden. Wir halten es für eine Schande, daß in diesen schweren Zeiten für eine so ernste Sache wie den Kinder-Karneval von Georgsmarienhütte ausgerechnet eine Musikgruppe aus der bolschewistischen "DDR" eingeladen wurde. Die ausgewogene Politik von Carter, Dregger und Wörner wurde ausgerechnet in Georgsmarienhütte unterlaufen. Die Jusos haben nach Schuldigen gesucht: Es gibt da zuerst den Stadtjugendring von Georgsmarienhütte... aber nein, und abermals nein! einen politisch unschuldigeren Verein gibt es garnicht.

Dann gibt es den Bürgermeister und den Stadtdirektor unserer schönen Stadt. Aber die haben nur ein Interesse an Eigenwerbung durch wahnsinnig komische und originelle Kostüme und andere närrische Sachen das ganze Jahr über. (Kanalbau nach Georgsmarienhütte, leere Versprechungen, Hanswurst und Hofnarr im Rat)

Es bleibt dann nur, die Jusos sind fast sicher, der Herr Stadtjugendpfleger Hans Hermann Trebbe (HHT). Ist HHT die bolschewistische Speerspitze des Weltkommunismus in Georgsmarienhütte?

Es gibt Indizien.

Wie aus berufenem Munde immer wieder zu hören ist, sind Bolschewiken schlau, anpassungsfähig und listig. Verstellung gehört zu ihren hervorragenden Eigenschaften.

HHT nun dominierte durch seine gewichtige Persönlichkeit und seine inhaltsschweren Ansprachen den Stadtjugendring. (Die Jugendlichen werden zuerst verführt) Der Erfinder launiger Sprüche und Verlautbarungen (es ist nicht alle ernst zu nehmen was er in früheren Jahren gesagt hat) ist der Organisator des Kinder-Karnevals, ja, er ist überhaupt der Erfinder dieser Veranstaltung. Schlau nicht? Sein überaus kluges Verhalten in Sachen Jugendzentrum (politische Bildung und Vogelbauerbasteln) zeigt, daß er politisches Geschick hat. Verstellungskunst und Anpassungsfähigkeit bewies er durch Erkennen von Tendenzen und Meinungsänderungen der entscheidenden Stellen der Stadt (Jugendzentrum ja, ja aber, vielleicht doch nicht, weg damit, vielleicht doch wieder, ja, aber anders).

Jetzt, vermuten wir, hat er sein wahres Wesen offenbart. Kaum sitzt er warm und sicher auf seinem Posten, sorgt er durch die Einladung der "Puhdys" dafür, daß die Entspannungsduselei weitergeht und die Aufbruchsstimmung der Welt vermiest wird im Sinne der Ziele der bolschewistischen Weltrevolution.

Stehen die Russen bald am Rhein, vorbereitet durch die "Puhdys"?

Nur davor haben die Jusos Angst.

## „Städtefreundschaft“ gegen Rechts!

Wir hatten von Anfang an etwas dagegen! Aber nun unterwerfen wir uns natürlich bereitwillig den Beschlüssen der Repräsentanten der Georgsmarienhütter Bevölkerung. Schon immer intensiv darum bemüht, die Beschlüsse des Stadtrates mit Leben zu füllen, sind die Jusos jetzt Vorreiter der neuen bundesländerübergreifende Städtefreundschaft mit Remagen.

Deswegen haben wir die Juso-Genossen aus Remagen zum 29. und 30. März nach Georgsmarienhütte eingeladen.

Das Motto heißt:

"Jusos aus Remagen und Georgsmarienhütte gemeinsam gegen Rechts!"

Als Programm haben wir vorgesehen:

Alternative Stadtrundfahrt, Erwanderung der neuesten Baugebiete und der wenigen noch nicht zerstörten Wald- und Wiesengebiete. Als humoristischen Gegenpunkt wollen wir den neuen Stadtfilm vorführen. Außerdem findet am Samstagabend ein gemütliches Beisammensein statt.



# SPD-Stadtbezirk Oesede

Parteiarbeit lohnt sich! Diese Folgerung können wir Jusos aus der Jahreshauptversammlung des Stadtbezirks Oesede ziehen. Kontinuierliche Mitarbeit in der Partei zählt sich inhaltlich wie personell aus. Inhaltlich: Zum ersten Mal gelang es den Jusos auf örtlicher Ebene einen Antrag durchzusetzen, der an inhaltlicher Arbeit der Partei einiges abverlangt. Personell: Unter den 11 Vorstandsmitgliedern sind jetzt drei statt bisher ein Juso. Die Wahl von Gerd Brouwer als stellv. Schriftführer war unproblematisch. Aufregender war für uns da schon die Wahl der Beisitzer. Für die vier Beisitzer kandidierten sieben Bewerber, vier davon Jusos. Hier das Resultat: Rainer Korte (34 Stimmen), Benno Haunhorst (32), Manfred Naujokat (24), Rudi Beck (22), Detlef Hengelbrock (19), Ernst Sibon (16), Hermann Raufhake (15).

Zwei Jusos schafften also den Sprung in den Vorstand und zwar mit großem Abstand zu den Nächstplacierten. Wichtig für die Wahl von Rainer und Benno war deren Bekanntheitsgrad in der Oeseder SPD, war gerade bei Detlef und Hermann nicht gegeben war. Die beiden letzteren wurden

deshalb auch fast ausschließlich von den anwesenden Jusos gewählt. Der Wahlausgang und die Diskussion in der Versammlung drückten besonders für Rainer und seine Position im Rat Anerkennung aus. Interessant noch, daß ein Mann wie Ernst Sibon, der sich bisher nur durch Schimpftiraden contra Rainer, Jusos, und Grüne überhaupt hervortrat, eine so klägliche Wahlniederlage erleiden mußte. Die eindeutigen Juso-Wahlerfolge stärken dagegen natürlich die Position der Teutoburger-Wald-Klau Gegner im Vorstand und im gesamten Stadtbezirk.

Der neue Vorsitzende Dieter Selige und seine beiden Stellvertreter Hans Warkke und Werner Haunhorst werden von uns voll unterstützt. Wir erwarten von ihnen jene Mischung aus neuen Ideen und bewährter Parteiarbeit, die es allein möglich macht, die CDU-Mehrheit in Oesede zu brechen. Daß die Oeseder SPD motiviert ist, zeigt die Teilnahme von 50 Genossen und Genossinnen an der Jahreshauptversammlung. Durch gute und interessante politische Arbeit kann dieses Interesse noch vergrößert werden.

## Warum ich in der SPD bleibe...

Wie es sich vielleicht herumgesprochen hat, sind die meisten Jusos in der SPD geblieben. Warum?

Ein Grund ist bestimmt der, daß man Brücken, die man jahrelang aufgebaut hat, nicht so ohne weiteres abbrechen kann.

Für mich ist der zentrale Grund, daß sich die Grünen nicht als sozialistische Alternative herauskristallisiert haben und dies auch nicht tun werden. Es zeigt sich doch immer mehr, daß der Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen bei den Grünen geringer ist, als man annahm. Außerdem haben die innerparteilichen Auseinandersetzungen bei den Grünen einen so hohen Stellenwert und einen so großen Anteil bei der Parteiarbeit, daß die inhaltliche Arbeit zwangsläufig zu kurz kommt bzw. gar nicht mehr stattfindet.

Die vielen Diskussionen um die Grünen, um den Parteiaustritt haben auch die Erkenntnis zutage gebracht, daß die Grünen tendenziell insofern arbeitnehmerfeindlich sind, als sie Sorgen und Probleme, Wünsche und Ängste der Arbeiter und ihrer Familien auf-

grund ihrer sozialen Zusammensetzung kaum zur Kenntnis nehmen.

Langfristig erscheint es sinnvoller - und mühsamer? - die Kleinarbeit in der SPD zu betreiben, um in der Partei der Arbeiter Überzeugungsarbeit zu leisten.

Allerdings bedeutet der Verbleib in der SPD - ein Verbleib ohne wenn und aber - nicht die Aufgabe der bisherigen kritischen Position. Im Gegenteil, dieser Standpunkt ist durch den Verlauf des Parteitages noch verstärkt worden!

Das S in SPD bedeutet für uns weiterhin sozialdemokratisch/sozialistisch - nicht Schmidt.





# "Die innerparteiliche Diskussion fördern!,"

von Heinz Rapp

Wir Gmhütter Jusos versuchen seit langem, die politische Diskussion in unserem Ortsverein zu intensivieren. Dabei kreisen die Gedanken um drei Probleme: Grundlagen sozialdemokratischer Politik, Bürgernähe und alternative Kommunalpolitik.

Um der innerparteilichen Diskussion neuen Aufschwung zu geben, haben wir den stellv. Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission Heinz Rapp gebeten, uns einen Beitrag für die ZdJ zu überlassen. Wir drucken ihn hiermit in Auszügen ab:

Deutlich zeichnet sich heute die Richtung ab, in die eine wachsende Zahl von Menschen die Gesellschaft verändern möchte:

- Mehr und mehr Menschen erkennen die Inhumanität vieler Formen der heutigen Arbeitsorganisation, sie wissen auch, daß es Alternativen gibt, die weniger Monotonie und Fremdbestimmung am Arbeitsplatz schaffen würden;
- zunehmend wird, aktuell in der Ölkrise, die Gefährlichkeit unkontrollierter internationaler Konzernmacht erkannt, die, wie es im Godesberger Programm heißt, "Staatsmacht ursupiert";
- weit mehr Bürger als manche Politiker zu glauben scheinen, haben erkannt, daß unsere Verschwendungsgesellschaft mit ihrem Wegwerfprinzip in Sackgassen führt, daß schonender Umgang mit Energie, Gütern natürlichen Ressourcen und ökologischen Gleichgewichten eine Überlebensbedingung unserer Zivilisation geworden ist und daß der Staat sich einer grundlegenden ordnungspolitischen Aufgabe entzieht, wenn er diese Umorientierung nicht durch Gesetze und vorbildliches administratives Handeln ermutigt und ermöglicht;
- Bürger erkennen zunehmend, daß wirtschaftsabhängige Kommunalpolitik durch falsche Verkehrsplanung, Kommerzialisierung des Ortskerns, durch Kahlschlagsanierung etc. vielerorts das Wohnen und Leben unerträglich gemacht hat. Sie wissen, daß es alternative kommunalpolitische Konzepte gibt; sie erfahren aber nur selten, daß diese in der politischen Entscheidungsbildung der Parteien - bei optimaler Bürgerbeteiligung - ausreichend wirksam werden.

## Was muß sich in unserer Partei ändern?

Wir Sozialdemokraten halten es für unerlässlich, mit der Korrektur von Fehlentwicklungen bei uns selbst zu beginnen.

Wir sehen hierfür folgende Schwerpunkte:

- Es muß mehr als bisher darauf geachtet werden, daß Sozialdemokraten auch ihr eigenes Verhalten an den Grundwerten und Prinzipien messen, für deren Verwirklichung sie politisch eintreten.
- Die SPD muß sich mehr als bisher darum bemühen, entsprechend des Orientierungsrahmens 85, die "Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern". In diesem Sinne muß sich die SPD zum Anwalt all jener machen, die z.B. in selbstverwalteten Jugendzentren oder Selbsthilfeprojekten die Lösung ihrer Probleme eigenverantwortlich anpacken.
- Die SPD muß ohne Scheu vor unvermeidlichen Konflikten für die Interessen der Abhängigen, der Armen und Benachteiligten und gegen die etablierten Herrschaftsinteressen Partei ergreifen.
- Die SPD muß die innerparteiliche Diskussion fördern und der Versuchung widerstehen, politische Auffassungsunterschiede entweder zu ignorieren oder lediglich mit administrativen Mitteln auf sie zu reagieren. Insbesondere muß sie das Verhältnis zu ihren Jugendorganisationen weiter verbessern.
- Die SPD muß alles in ihrer Macht Stehende tun, um Einschränkungen der Demokratie in der Bundesrepublik zu verhindern. Sie darf sich nicht dem Druck konservativer und reaktionärer Kräfte beugen, die auf einen Abbau von Liberalität hinarbeiten und politisch Andersdenkende kriminalisieren wollen. Sie muß andererseits die undemokratischen Ideologien und Strategien von Kommunisten beim Namen nennen und sich klar von ihnen abgrenzen.
- Die SPD muß Wahlkämpfe argumentativ bestreiten. Sie darf sich nicht dem Trend anschließen, die politische Auseinandersetzung in der Demokratie zu einer Angelegenheit der Werbefachleute werden zu lassen. Wer nur auf Werbemätzchen und Imagepflege setzt, mißachtet den Wähler als mündigen Bürger und trägt damit zum Verfall der politischen Kultur der Demokratie bei.



# Afghanistan...

## Zur Geschichte

Schon im vorigem Jahrhundert war Afghanistan ein Zankapfel zwischen dem zaristischen Rußland und England. Nach einigen fehlgeschlagenen Invasionen von beiden Seiten behielten die Engländer die Oberhand. Sie installierten eine Monarchie von ihren Gnaden. Die Innenpolitik bestimmte der König von Afghanistan, die Außenpolitik wurde von England bestimmt.

1919 nach einem Aufstand erhielt Afghanistan die volle Unabhängigkeit. Zum ersten Mal entließ eine imperialistische Macht eine Kolonie in die Unabhängigkeit.

In beiden Weltkriegen wurde von Deutschland versucht in Afghanistan eine Front gegen England oder Rußland aufzubauen. Ohne Erfolg, ein Erfolg war nur die Neuorganisation der Polizei durch die Gestapo.

Im Juli 1973 wurde der letzte König von Afghanistan, Zahir, durch einen Putsch unter der Führung von Mohammad Daud gestürzt. Dauds Machtübernahme wurde von der Parcham (d.h. Flagge) Fraktion der moskauorientierten "Volksdemokratischen Partei Afghanistans" (VdPA) unter der Führung Babrak Karmals unterstützt. Die Daud Regierung trat an mit einem Programm sozialer Reformen und mit Druck der Parcham einer Annäherung an die UDSSR. Schon bald aber rückte Daud von diesem Programm ab. Vor allem die Landreform wurde auf Druck der Großgrundbesitzer abgesetzt. Die Parcham Regierungsmitglieder wurden kaltgestellt, und die russischen Berater aus dem Lande gewiesen. Der Westen honorierte dieses Verhalten mit Millionen-Krediten. Die BRD verstärkte ihren Einsatz bei der Ausbildung der Polizei, Mitglieder der Geheimpolizei des Schahs, der Savak, ersetzten die russischen Berater.

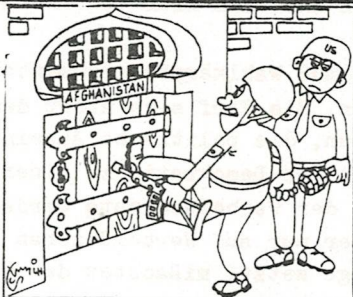
Im April 1978 erschöß die Polizei einen der bekanntesten Führer der "VdPA", Mir

Akbar Khyber. Die "VdPA" nutzte die darauf folgenden Unruhen zu einem Putsch. Mohammad Taraki der Führer der Khalg (d.h. Volk) Fraktion der "VdPA" wurde der neue Regierungschef. Diese neue Regierung versprach wieder soziale Reformen wie Landreform und vor allem ein Alphabetisierungsprogramm (90% der Bevölkerung, fast 100% der Frauen sind Analphabeten). Wieder kamen russische Berater.

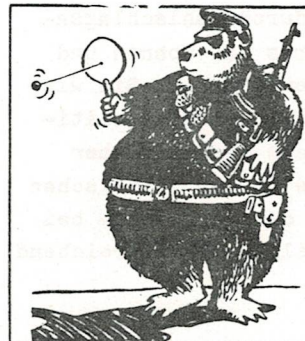
Gegen die Durchführung dieses Programmes bildeten sich bald die heute noch bestehenden "Befreiungsbewegungen".

Taraki konzentrierte sich nicht auf sein Programm und die Widerstände dagegen, sondern auf Machtkämpfe in der "VdPA". Bereits drei Monate nach der Machtübernahme schickte er die Parcham-Führer auf Botschafterposten ins Exil. Karmal z.B. in die CSSR und später in die UDSSR. Trotzdem nahm der Widerstand der Befreiungsgruppen zu. Im Februar 1979 nahm die USA die Ermordung ihres Botschafters Dubs zum Vorwand die Befreiungsgruppen stärker als bisher zu unterstützen. CIA Spezialisten bildeten in Pakistan afghanische "Freiheitskämpfer" aus. In Afghanistan selbst arbeiteten CIA-Agenten als Vertreter der US-Drogenbekämpfungsbehörde und der US-Asienstiftung.

Nach der Ermordung Tarakis im September 1979 übernahm Amin, ein Verfechter harter staatlicher Zwangsmaßnahmen und der Unterdrückung jeglicher Opposition, mit tatkräftiger Unterstützung der russischen Berater die Macht. Die immer härteren Kämpfe der Widerstandsgruppen und die immer unkontrollierbareren Gegenmaßnahmen Amins veranlaßte die UDSSR in typischer Art einer imperialistischen Großmacht, die ihren Einflußbereich in Gefahr sieht, zum Einmarsch in Afghanistan und der Installation der Regierung Karmal.



"Verdammt, da hat uns doch einer die Tür vor der Nase zugeschlagen"



"Sommerolympiade"



# Menschenrechte sind unteilbar!

Im folgenden einige Gedanken, die uns zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan - ein typisch imperialistisches Vorgehen - und zu der Reaktion im Westen gekommen sind. Dieser Artikel ist keine schlüssige Analyse der Ereignisse, wir wollen nur einige Aspekte nennen, die uns aufgefallen sind; vielleicht kann man darüber ja mal diskutieren.

(1) Wo ist die gerade von rechts immer geforderte Trennung von Sport und Politik geblieben?

Wenn es um Rechte unterdrückter Völker und Rassen im Westen geht, dann ist Sport von Politik zu trennen: Rhodesien, Südafrika, Argentinien usw. . Sport und Politik sind dagegen nicht voneinander zu trennen, wenn sich damit ein antikommunistisches Süppchen kochen läßt.

Merke: Massenmord und Überfälle seitens westlicher Länder sind nicht dasselbe oder ähnliches wie Massenmord und Überfälle seitens der Sowjetunion!

(2) Proteste der CDU gegen die Bildung einer imperialistischen Eingreiftruppe durch die USA sind nicht bekannt. Diese Truppe, die ausschließlich die Interessen der USA vertritt, ist seit Mitte des letzten Jahres im Aufbau.

Merke: Wenn im Westen Überfälle auf andere Länder vorbereitet werden, geht es um ein "Grundrecht auf Energie" (Originalton CDU).

Merke: Ein Grundrecht auf Lebensmittel und Ernährung gibt es anscheinend nicht - gerade für die 20 Millionen Menschen nicht, die aufgrund kapitalistischer Strukturen jährlich verhungern. Ein Grundrecht hat man erst, wenn man auch eine Eingreiftruppe hat.

(3) Für Überfälle und Eingriffe durch die USA ist ein Protest überflüssig: Dominikanische Republik, Vietnam, CIA in Chile, Griechenland sowie die Ausbeutung sämtlicher lateinamerikanischer Länder durch das amerikanische Großkapital.

Auch die wirtschaftliche Erpressung der Entwicklungsländer durch die Industriestaaten und den Internationalen Währungsfond ist natürlich keine Intervention.

Merke: Imperialismus ist nur ein solcher, wenn er militärisch geschieht.

(4) Wörner, Dregger und Strauß riskieren aus innenpolitischen Gründen (Wahl 1980) einen Krieg, mindestens jedoch den Schritt bis kurz davor, wenn sie z.B. die Ausdehnung des NATO-Bereichs auf den Nahen Osten fordern oder davon sprechen, daß Entspannung nicht teilbar sei. Von der "Witzfigur" Carter völlig zu schweigen. Hoffentlich hat er gute Werbemanager, die seine "Härte" auch gebührend unters Volk bringen.

Die Bundesregierung dagegen - zumindest der sozialdemokratische Teil - verhält sich in hervorragender Weise zurückhaltend und krisendämpfend. Dort ist eine Besonnenheit, die den zigtausendfachen Overkill bei ihrer Politik in Rechnung stellt.

Merke: Für Rechte ist jeder außenpolitische Amoklauf erlaubt, wenn er sich nur innenpolitisch auszahlt.



Carter '80

Uns Sozialisten wird immer vorgeworfen, daß wir lautstark gegen die amerikanische Intervention in Vietnam protestiert hätten, jetzt aber zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan schweigen würden. Das ist sicher nicht richtig, gerade die Jungsozialisten haben sich mehrfach scharf gegen das russische Vorgehen gewandt. Der Vorwurf ist aber auch umkehrbar:

Wer zu Vietnam geschwiegen hat, sollte zu Afghanistan den Mund nicht so voll nehmen!



# "Scheinheilig,,

Die Rechten in der BRD haben wieder mächtig Oberwasser. Mit Genuss und voll hämischer Freude wird den Linken der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan unter die Nase gerieben. Und auch die erneuten Menschenrechtsverletzungen der Sowjetunion passen gut ins Konzept.

Protest wird verlangt, plötzlich sind Demonstrationen nicht mehr ehrenrührig. Nun gehört es zum Ritual jeder politischen Versammlung zunächst die Invasion in Afghanistan, die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock zu verurteilen. Dann wird es jedoch ganz schnell innenpolitisch. Bietet sich doch die Chance die Linke zu denunzieren.



"Bin neugierig, wen er als nächsten Sonderbotschafter losschickt"

Erst wird die Vergangenheit aufgearbeitet, die Proteste der Linken gegen Vietnam, gegen den Putsch in Chile, gegen das Terrorregime in Argentinien werden aufgezählt, und dann folgt die Frage, wo bleibt heute euer Protest.

Eigentlich, machte man es sich so leicht wie die Fragesteller, wäre die Antwort leicht. Selbstverständlich verurteilen wir den Einmarsch in Afghanistan aufschärfste, selbstverständlich verurteilen wir die Menschenrechtsverletzungen. Nur, jede Medaille hat zwei Seiten!

Für uns Linke ist es völlig undenkbar, gemeinsam mit Springer Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion anzuprangern, wenn dieser mit seinen dummdreisten Schmierblättern in der BRD zur Hatz auf die Linken bläst. Deshalb war auch die Unterstützung für Bahro und Biermann eigenständig, differenzierend und nicht so schwarz-weiß zeichnend. Das dies, weil es nicht in die simplen Strickmuster der reaktionären Meinungsmacher paßt, einfach ignoriert wird, ist nur zu offenkundig.

Und auch der Protest der Linken gegen den sowjetischen Imperialismus wird einfach unter den Teppich gekehrt.

Solch differenzierter Protest ist nicht erwünscht.

Das besinnungslose Empörungsgelächter soll zum einen nur von den eigenen Schweinereien ablenken, zum anderen kann man gleich die SPD politisch diffamieren.

Ständig muß diese Partei ihre Bündnistreue, ihre Vaterlandsliebe unter Beweis stellen, sonst erschallt von den bayerischen Zinnen der empörte Ruf "Vaterlandsverräter".

Und dann, die Sowjetunion stellt doch (übrigens völlig unberechtigt) einen sozialistischen Anspruch. Tut die SPD das nicht auch? Da läßt sich doch gleich wieder das Geschwafel von "Freiheit statt Sozialismus" neu beleben.

Daher müssen wir Linken immer Besonnenheit an den Tag legen, und nicht mit dem politischen Gegner heulen, neue massenmörderische Weltkriegspläne schmieden.

Sozialismus verlangt Aufrichtigkeit und Besonnenheit, nicht Scheinheiligkeit und Rockermanieren.



Ab Februar finden die wöchentlichen Jusositzungen in der Gaststätte Heuer in Dröper statt!(ab 19<sup>00</sup> Uhr.)

Ab 18<sup>00</sup> Uhr tagt jeweils die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik/Kommunalwahl.

Um 18<sup>45</sup> Uhr wird die Tagesordnung für die Juso Sitzung festgelegt.

Am 21. März 1980 findet um 20<sup>00</sup> Uhr bei Heuer in Dröper die Juso-Vollversammlung statt. Einladungen werden noch verschickt.





# Weg mit der Aussperrung

Seit Jahren versuchen die Unternehmer, und die mit ihnen verbündete Presse, der Öffentlichkeit einzureden, die Aussperrung sei aus Gründen der "Waffengleichheit" zwischen Gewerkschaften und Unternehmern notwendig.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Weil der einzelne Arbeitnehmer wohl kaum seine Interessen gegenüber dem Unternehmer durchsetzen kann, gibt es die Gewerkschaften. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es nur der Einsatz und der Kampf der Arbeiterbewegung war, der Verbesserungen gebracht hat. Das letzte Mittel war oft der Streik, die einzige Waffe des abhängig Beschäftigten, um den Unternehmern Zugeständnisse abzutrotzen, von denen einige die Grundlage für Gesetze waren, wie der 8-Stunden Tag, Arbeitsschutzvorschriften, Jugendarbeitsschutzgesetz, Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer.

Heute gilt es, neben der Sicherung des Erreichten, die Arbeitsplatzvernichtung durch neue Technologien zu verhindern, Schutz gegen Abgruppierung in Tarifverträge zu verankern, durch Kürzung der Arbeitszeit den Leistungsdruck abzubauen und die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen. Streik ist die einzige Waffe der Gewerkschaften um diese Forderungen durchzusetzen. Kein Arbeitnehmer streikt aus Spaß am Streik. Streik kommt durch einen demokratischen Willensbildungsakt, und erst nach langwierigen Regularien zustande.

Anders die Aussperrung, die ein zusätzliches Machtinstrument der Unternehmer ist neben der Verfügungsgewalt über Kapital und Produktionsmittel. Sie bestimmen, wie und wo der von den Arbeitnehmern erarbeitete Ertrag investiert wird. Die Aussperrung wird so zu einem allgewaltigem Instrument zur Verhinderung aller gewerkschaftlicher Ziele. Ist es heute auch nicht mehr möglich die Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu zerschlagen, so wird doch immer wieder versucht, sie zu schwächen. In den letzten Jahren war die Zahl der Ausgesperrten dreimal so hoch wie die der Streikenden:

Druckindustrie	1976	16 000	Streikende,
		90 000	Ausgesperrte.
Druckindustrie	1978	2 300	Streikende,
		32 000	Ausgesperrte.
Metallindustrie	1978	80 000	Streikende,
		200 000	Ausgesperrte.

Ein Blick auf die Kosten der geführten Arbeitskämpfe belegt die Existenzgefährdung der Gewerkschaften. Der Streik von 80 000 Metallarbeitern in Baden-Württemberg über drei Wochen kostete 46 Millionen DM. Die Aussperrung kostete 84 Millionen DM. Verfügbar waren aber nur 40 Millionen DM an Beitragsüberschuß. Bei der IG Druck und Papier betrug der Überschuß 1,8 Millionen DM, der Arbeitskampf von 1978 kostete 15 Millionen DM, wobei 81% durch die Aussperrung verursacht wurden.

Bedeutet für den betroffenen Arbeitnehmer die Aussperrung beträchtlichen Einkommensverlust, der durch gewerkschaftliche Unterstützung nicht ausgeglichen werden kann, so ist durch Streik noch kein Unternehmen pleite gegangen. Der oft für einen "Vernichtungsstreik" als Beispiel angeführte "Süddeutsche Verlag" hatte 1978 trotz eines dreiwöchigen Streiks in den ersten 8 Monaten des Jahres eine Umsatzsteigerung von 7 Millionen DM. Mitte 1978 hatte die "Süddeutsche Zeitung" bereits 105 Anzeigenseiten mehr als im Vorjahr. Die Unternehmer verfügen als Mitglieder der Arbeitgeberverbände über ausreichende Mittel, um nachteilige Streikfolgen abzuwehren. Es kann daher kaum von "Waffengleichheit" zwischen Unternehmern und abhängig Beschäftigten die Rede sein.

Solange viele für wenige arbeiten, und noch für einen gerechten Anteil kämpfen müssen, ist Arbeitsverweigerung durch Streik etwas völlig anderes als Arbeitsverhinderung durch Aussperrung. Wir sind auf unsere Groschen angewiesen. Die Unternehmer rechnen in ganz anderen Größen. Unsere Streikunterstützung ist für sie nicht einmal ein Taschengeld. Wir müssen uns noch stärker wehren gegen Druck und Willkür von oben.

Die Aussperrung muß vom Tisch, es ist höchste Zeit.



# Notizen, Notizen...

Eine begrüßenswerte Initiative, die dem vielfachen Wunsch der unterdrückten Menschen in Südafrika entspricht. Wir können es im Kleinen unterstützen, indem wir z.B. keine Apfelsinen mehr mit folgenden Markenzeichen kaufen:



Nähere Infomationen bei:  
 Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V.,  
 Unterlindau 80, 6000 Frankfurt

Das BILD lügt ist allen bekannt. Wie das im einzelnen funktioniert hat Günther Wallraff in seinen beiden letzten Büchern ausführlich dargestellt. Unter seiner Mitbeteiligung ist ein Rechtshilfe-Fonds gegründet, der BILD-Zeitungsopfer unterstützt.

Wer diesen Fonds unterstützen will oder Informationen haben möchte, wende sich an:

"Wenn Bild lügt, kämpft dagegen"  
 c/o Kiepenheuer & Witsch Verlag  
 Rondorfstraße 5  
 5000 Köln 52

## CDU-Funk aller Orten!

Über die CDU-Rundfunkpolitik braucht unter Genossen wohl kein Wort mehr verloren werden. Immer wieder zeigen uns die führenden CDU-Gurus, indem sie wieder mal eine Sendung zum Opfertisch der Ausgewogenheit führen, welch ein Programm ihnen vorschwebt. Wenn die seichten Finsterlinge ihre Linkenhatz im Fernsehen und Rundfunk ungestört weitertreiben, dann unterscheidet sich am Ende die (west)deutsche Rundfunklandschaft nur noch gering von der des Ostens. Deswegen müssen jetzt endlich die Verteidiger des kritischen und engagierten Rundfunks rege werden und dem reaktionären Treiben eigene Aktionen entgegensetzen. Letztes Opfer dieses Treibens war die Radiothek-Redaktion (WDR), der sämtliche Live-Beiträge untersagt wurden.

WIR FORDERN DAHER:



DIE RADIOTHEK MUß IN IHRER BISHERIGEN FORM ERHALTEN BLEIBEN !

Name                      Vorname                      Anschrift                      Alter                      Unterschrift

abschneiden und einsenden an: JUSO-HSG, Schloßplatz 1 c/o AStA, 4400 MS